

Lesetipp

1918-1922: Liebäugeln mit einer grösseren Schweiz

von *Christoph Wehrli* | Dezember 2021

Nach dem Ersten Weltkrieg wünschte Vorarlberg, von Österreich zur Schweiz zu wechseln. Den Bundesrat stellte dies vor heikle Entscheide. Eine Publikation mit einer Auswahl von Dokumenten widmet sich der aussergewöhnlichen aussenpolitischen Phase, die nicht einfach ein Kuriosum war.

Gut hundert Jahre nachdem die Grenzen der heutigen Schweiz am Wiener Kongress festgelegt worden waren, stand eine Erweiterung zur Diskussion. Aus der zerfallenen Donaumonarchie war Deutschösterreich hervorgegangen, dessen Zukunft als eigener Staat ungewiss war. Das Selbstbestimmungsrecht – ein sehr unterschiedlich interpretierter Begriff – schien territoriale Veränderungen zu legitimieren. Das Begehren der Vorarlberger Bevölkerung, sich dem westlichen Nachbarland anzuschliessen, stellte die Schweiz vor die Wahl zwischen Zurückhaltung in strikter, ambitionsloser Neutralität und einem neuen, freieren Verständnis von Souveränität. Der Bundesrat tat sich innen- wie aussenpolitisch schwer damit.

Ein «Quaderno» der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz (Dodis) bietet einen Einstieg in diese «Vorarlberger Frage» der Jahre 1918-1922, zum einen mit einer Zusammenfassung der Entwicklungen, zum andern mit 55 Dokumenten aus mehreren Archiven und mit Verweisen auf weitere elektronisch zugängliche Quellenstücke.

Verkehr und deutsche Machtstellung

«Werdet Schweizer!», lautete der Schlusseruf eines Flugblatts, mit dem sich eine von der Grenzgemeinde Lustenau ausgegangene Bewegung am 22. November 1918 an die Bevölkerung wandte. «Vom Volke selbst für das Volk geschaffen», habe sich das benachbarte Staatswesen «im ärgsten Chaos rein erhalten». Wie ganz Österreich litt die westlichste Region nach dem Krieg unter Not, und die Schweiz leistete bei der Lebensmittelversorgung denn auch Hilfe. Wien lag geografisch und politisch-kulturell fern, während über die Grenze im St. Galler Rheintal enge wirtschaftliche Beziehungen bestanden.

Auf den mit einer Unterschriftensammlung glaubhaft gemachten Beitrittswunsch reagierte man in Bern vorsichtig – nicht ohne intern über Vor- und Nachteile eines solchen neuen Kantons nachzudenken. Der Chef des Politischen Departements (EPD, heute EDA), der Bündner Freisinnige Felix Calonder, Protagonist des Beitritts zum Völkerbund, trat generell für einen aussenpolitischen Aufbruch ein, und der Chef der auswärtigen Abteilung, Charles L. E. Lardy, agierte in der Vorarlberger Frage zielbewusst. Konkret hatte man vor allem die Bahnverbindungen im Auge, als wichtigste die Arlberglinie. «Sa possession», hielt Lardy fest (auch wenn der Besitz nur bis in die Mitte des Tunnels gereicht hätte) «fortifierait la position de la Suisse dans les questions de trafic et de tarif entre l'est et l'ouest.»

Das grundlegende Interesse war es, zu verhindern, dass Vorarlberg zu Deutschland kommen und der grosse nördliche Nachbar auch an der Ostgrenze an die Schweiz stossen würde. Deutschösterreich hatte sich 1918 als Teil der neuen deutschen Republik erklärt, und die dominierenden politischen Kräfte strebten danach, dies zu verwirklichen. Die Konsequenzen für die Schweiz waren aus heutiger Sicht nicht so klar. Ein Anschluss von Österreich ohne Vorarlberg und dessen Übertritt zur Schweiz hätten an der «Einkreisung» durch Deutschland nur insofern etwas geändert, als die Grenze weiter im Osten verlaufen wäre. Allerdings schloss man im EPD keineswegs aus, dass Vorarlberg allein zum nicht direkt angrenzenden Württemberg wechseln könnte, zumal vor allem Industriekreise nach Deutschland tendierten. Alles war aber letztlich vom Willen der Siegermächte abhängig.

Negativkonsens im Bundesrat

Im Bundesrat äusserten im Frühjahr 1919 mehrere Mitglieder Zweifel, ob eine territoriale Erweiterung anzustreben sei, am deutlichsten Edmund Schulthess. Der resultierende Konsens, man könne nichts unternehmen, bevor sich das Vorarlberger Volk in einer Abstimmung «de façon nette et catégorique» für die Schweiz ausgesprochen habe, gab den Behörden der Nachbarregion offenbar den Impuls, ein solches Plebiszit durchzuführen. Am 11. Mai sagten mehr als 80 Prozent der Vorarlberger und Vorarlbergerinnen (diese hätten ihr nationales Wahlrecht verloren) Ja zu Verhandlungen.

Die Berner Diplomatie versuchte das Anliegen diskret zu fördern, doch im September wurden im Friedensvertrag von Saint-Germain die Grenzen und die Unabhängigkeit Österreichs festgeschrieben und Änderungen der Zustimmung des Völkerbunds unterstellt. Zudem galt eine regionale Selbstbestimmung als abhängig vom Einverständnis des Gesamtstaats. Die Vorarlberger gaben allerdings nicht auf, und in der Schweiz wurden die Anschlussfreunde erst recht aktiv. Zu ihnen gehörten namentlich Exponenten der Neuen Helvetischen Gesellschaft wie der Konservative Gonzague de Reynold, der die Schweiz im Sinn einer «neutralité active» als «gardien des Alpes» bis nach Tirol sah. Doch ab 1920 setzte der neue Aussenminister Giuseppe Motta andere Prioritäten, und das Thema verschwand allmählich aus der politischen Agenda.

Grenzgemeinden – und Liechtenstein

Aus der Dodis-Publikation geht nicht zuletzt hervor, wie der Bundesrat als Kollegium dem Aussenminister (und seinem Chefdiplomaten) weder starken Rückhalt gab noch klare Schranken setzte, eine konsistente Politik also erschwerte. Calonder wiederum scheint die internationale Machtpolitik zu wenig realistisch eingeschätzt zu haben - und wie eine eidgenössische Abstimmung ausgegangen wäre, bleibt ohnehin offen.

Die Auswahl der Quellentexte leuchtet im Übrigen nicht immer ein. Nebenaspekte wie eine Pressefehde erhalten viel Raum, während manche für das Verständnis der Hauptentwicklung wesentliche Elemente, zum Beispiel Reden Calonders, fehlen. Gut illustriert werden die Wünsche einzelner Gemeinden nach einem Wechsel des Staats. Auf das Begehren von Taufers im Münstertal (Tubre, Südtirol) ging man in Bern nicht ein, um keine Gegenforderungen von Italien auszulösen. Das Gesuch dreier Ortschaften im Rheindelta am Bodensee wurde zwar positiv aufgenommen, ging aber im grösseren Ganzen unter. Einen eigenen Weg beschritt das Fürstentum Liechtenstein, indem es seine Selbständigkeit betonte, sich aber mit dem Zoll- und Währungsraum der Schweiz verband.

Daniel Marc Segesser, Wolfgang Weber und Sacha Zala (Hg.): Sehr geteilte Meinungen. Dokumente zur Vorarlberger Frage 1918-1922. Bern 2021. 202 S., ca. Fr.6.-. Bestellung und Gratis-Download: www.dodis.ch/de/quaderni